

Libor-Vergleich 2012 – eingeleitete Massnahmen



Position von UBS

Am 19. Dezember hat der UBS-Verwaltungsrat Libor-Vergleiche mit US- und britischen Behörden genehmigt; FINMA wird Verfügung erlassen

Position von UBS

- UBS akzeptiert die Zahlung einer Geldbusse und Gewinnherausgabe im Betrag von ca. CHF 1,4 Mrd. an US-, britische und Schweizer Behörden und beendet so die Libor-bezogenen Untersuchungen
- Als Teil einer vorgeschlagenen Vereinbarung mit dem US-Justizministerium (DoJ) hat UBS Securities Japan Co. Ltd. (UBSSJ) zugestimmt, in einem einzelnen Anklagepunkt wegen Betrugs durch Missbrauch elektronischer Kommunikation (sog. Wire Fraud) im Zusammenhang mit der Manipulation gewisser Referenzzinssätze inklusive Yen-Libor auf schuldig zu plädieren
- UBS verzeichnet im vierten Quartal Fortschritte beim Abbau der risikogewichteten Aktiven (RWA) und geht davon aus, dass ihre Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) auf Basis der vollständig umgesetzten Basel-III-Regeln ungefähr dem Stand per Ende drittes Quartal von 9,3% entspricht, während im Wealth-Management-Geschäft von UBS ein positives Nettoneugeldwachstum erwartet wird
- UBS rechnet für das vierte Quartal mit einem den UBS-Aktionären zurechenbaren Ergebnis im Verlustbereich, primär als Folge der Rückstellungen für Rechtsfälle und regulatorische Angelegenheiten

Was ist passiert?

In den Vergleichen wurden unter anderem folgende Verhaltensweisen aufgeführt:

Hintergrund

- Bestimmte Mitarbeitende von UBS waren an dem Versuch beteiligt, die Eingaben für bestimmte Referenzzinssätze zugunsten von Handelspositionen zu manipulieren;
- Gewisse Mitarbeitende der Bank haben mit Angestellten anderer Banken und Cash-Brokern konspirative Absprachen getroffen, um bestimmte Referenzzinssätze zugunsten ihrer Handelspositionen zu beeinflussen; und
- Bestimmte Mitarbeitende haben den für das Einreichen von Libor-Daten zuständigen UBS-Stellen unangemessene Anweisungen erteilt, teilweise motiviert durch den Wunsch, eine unfaire und negative Markt- und Medieneinschätzung während der Finanzkrise zu vermeiden

UBS reagierte sofort und entschlossen

UBS hat ihre Prozesse und Verfahren proaktiv verbessert, um sicherzustellen, dass sich das in ihren Kernmärkten festgestellte Fehlverhalten nicht wiederholt. Unter anderem hat UBS folgende Massnahmen ergriffen:

- Auf eigene Initiative hat UBS ihre internen Ermittlungen über den Umfang des zunächst von den US- und anderen Aufsichtsbehörden überprüften Verhaltens hinaus ausgeweitet. Die Offenlegungen von UBS enthielten sehr wertvolle Informationen, die die aufsichtsbehördlichen Ermittlungen deutlich ausdehnten und voranbrachten; sie bildeten auch die Grundlage für die heutige angekündigten Einigungen.
- Nach Aufdeckung des Fehlverhaltens seitens gewisser Mitarbeitender reagierte UBS schnell und entschlossen, indem die Bank das Fehlverhalten umgehend den Behörden in den USA, Grossbritannien, in der Schweiz sowie in anderen Ländern meldete.
- UBS erhielt im Zusammenhang mit möglichen Verstössen gegen das Kartell- oder Wettbewerbsrecht bei der Kommunikation mit anderen Banken in Verbindung mit dem Yen-Libor, dem Euroyen-Tibor sowie dem Schweizer-Franken-Libor von den Behörden in bestimmten Jurisdiktionen, einschliesslich der Kartellabteilung des US-Justizministeriums, bedingte Immunität bzw. eine Ermässigung der Geldbusse zugesichert.
- UBS war das erste Unternehmen, das die Untersuchungen offenlegte, und war führend, wenn es darum ging, den Markt – soweit erlaubt – über die Entwicklungen zu informieren.
- Gegen die Mitarbeitenden, die Fehlverhalten an den Tag legten oder ihre Aufsichtspflichten vernachlässigten, hat UBS sofortige disziplinarische Massnahmen ergriffen, bis hin zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses.
- UBS hat ihre Prozesse und Verfahren proaktiv überarbeitet, um sicherzustellen, dass sich das bei den Untersuchungen aufgedeckte Fehlverhalten nicht wiederholt. Die Verfahren wurden global implementiert, und UBS hat auch entsprechende Schulungen zu diesen durchgeführt.
- UBS hat ihre Libor-Prozesse und -Verfahren entsprechend den Vorgaben der British Bankers' Association und den aktuellen Debatten zur Reform der Referenzsätze, wie durch FSA und den Europäischen Bankenverband initiiert, weiter verbessert.